

Volkstimme

Einzelpreis 30 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Albaum, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 1. — Fernsprechnummer 1511. Für Inserate 1921, für die Redaktion 1794, für den Verlag a. d. Drucker 961. Postzustellungsnummer 1. Nachtrag Seite 17.

Bezugspreis: Vierteljährlich 11.00 Mk., monatlich 3.00 Mk., beim Abholer vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 17.10 Mk., monatlich 5.70 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 16.00 Mk., monatlich 5.00 Mk., ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 30 Pf. — Anzeigenpreise: die gewöhnliche Spaltenbreite 1.00 Mk., im Restantell Seite 3.50 Mk., Vereinskalender Seite 50 Pf. Anzeigen-Abat nicht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. Postkontingent Nr. 5255 Berlin.

Nr. 14.

Magdeburg, Dienstag den 18. Januar 1921.

32. Jahrgang.

Rein Streik der Beamten.

Nach langwierigen Verhandlungen ist in der Nacht zum 15. Januar zwischen der Reichsregierung und den Vertretern der Spitzenorganisationen der Beamten und Arbeiter eine Einigung zustande gekommen, wonach für Reichsbeamte (nicht bloß Eisenbahner) die Lohnzuschläge zum Grundgehalt im Ortszuschlag erhöht werden in Ortsklasse A um 70 Prozent, in B 67 Prozent, C 65 Prozent, D 60 Prozent, E 55 Prozent. Für die Reichsarbeiter sollen die Lohnzuschläge für die Stunde erhöht werden in Abstufung der fünf Ortsklassen um 60, 50, 40, 30 und 20 Pfg. Die Spitzenorganisationen haben den Sechzehnerausschuß ersucht, trotz der in verschiedener Beziehung nicht zufriedenstellenden Abstufung seine Bedenken zurückzustellen und

das Ergebnis zur Annahme zu empfehlen.

Der Sechzehnerausschuß erklärt zugleich eine Warnung an die Arbeiter und Beamten, sich nicht durch unverantwortliche Beeinflussungen zu Teilstreiken und ähnlichen wilden Aktionen hinreißen zu lassen. Eine in Berlin für den letzten Sonntag geplante große Demonstration ist infolgedessen auch von den Eisenbahnerverbänden offiziell abgefragt worden.

Es läßt sich voraussehen, daß jetzt von den Kommunisten und den andern Gewerkschaftszersplitterern

die wilde Hetze gegen das erzielte Kompromiß übernommen werden wird. Es ist ja so unendlich leicht, den Arbeitern und den Beamten zu sagen, daß sie eigentlich viel mehr bekommen müßten, als von den Gewerkschaftsvertretern in zähen und schwierigen Verhandlungen durchgesetzt worden ist. Eine bequemere Gelegenheit, sich vor gewerkschaftlich ungeschulten Massen als der wahre Beamten- und Arbeiterfreund aufzuspielen, gibt es überhaupt nicht.

Deshalb mag daran erinnert werden, daß die Reichsregierung noch vor einigen Wochen fest entschlossen war, wegen der katastrophalen Lage der Finanzen überhaupt nichts zu bewilligen und daß sie die ganze Bewegung durch Streikverbote und drohende Sanktion einzudämmen versuchte. Die Eisenbahner haben

diesem Einschüchterungsversuch getrotzt

und eine Streikabstimmung veranstaltet, die eine erdrückende Mehrheit für den Streik ergab, vorausgesetzt natürlich, daß die Verhandlungen zu keinem annehmbaren Ergebnis führen sollten. In den Verhandlungen gelang es sodann, die Regierung zu Zugeständnissen zu bewegen, die den Reichsetat mit 2,8 Milliarden belastet. Diese Zugeständnisse wurden jedoch für unzureichend erklärt. Die Regierung weigerte sich unspöttisch, weiter zu verhandeln, ließ sich aber durch den Rat der Sozialdemokraten dazu bewegen, es dennoch zu tun. Bei diesen neuen Verhandlungen wurde eine bessere Regelung erzielt, die nach den Schätzungen der Regierung

einen weiteren Aufwand von 900 Millionen jährlich

notwendig macht, so daß sich der Gesamtbetrag, der für die Reichsbeamten und -arbeiter erzielt worden ist, auf 3,7 Milliarden Mark beläuft. Unter solchen Umständen zu sagen, die Vertretung der Gewerkschaften und der Beamtenverbände hätten mit ihren Verhandlungen nichts erreicht, läßt sich mit der Wahrheit wohl kaum vereinbaren.

Natürlich werden auch diese Zugeständnisse nicht dazu ausreichen, alle Not zu bannen. Nach der bisherigen Entwicklung der Dinge ist zu befürchten, daß die Beamten und Arbeiter abermals langsamer oder schneller von der erreichten Lohn- und Gehaltsstufe mit der Entwertung der Mark heruntergeraten werden, daß zwar der Nominallohn bleiben, sein wirklicher Wert aber,

der Reallohn sinken wird.

Diese Zurückentwicklung muß desto sicherer eintreten, je größer die Zugeständnisse sind, je mehr sie die Reichsfinanzen belasten und damit selber zur Geldentwertung beitragen.

Daß wilde Teilstreike ein Verbrechen an der Gesamtheit wären, daß durch sie gar nichts zu erreichen wäre, braucht man gewerkschaftlich geschulten Arbeitern und Beamten nicht erst zu sagen. Nur eine gewerkschaftlich disziplinierte Streikbewegung kann zum Siege führen, aber auch sie kann es nur dann, wenn die Voraussetzungen dafür gegeben sind. Die Spitzenorganisationen der Arbeiter- und Beamtenverbände setzen auf Grund ihrer gewerkschaftlichen Erfolge

die Voraussetzungen für einen Streik

als nicht mehr gegeben an, sondern empfehlen das erzielte Verhandlungsergebnis zur Annahme. Wer diesem wohlüberlegten Rats widerspricht, nimmt eine sehr schwere Verantwortung auf sich.

Die Wirkungen eines Eisenbahnerstreiks nach innen und außen sind unübersehbar. Im Innern können sie eine schwere Niederlage der Beteiligten und einen Triumph des Scharfmachertums bedeuten, nach außen können sie den

Verlust des Eisenbahnsystems im besetzten Gebiet

zur Folge haben. Wenn die Vertreter der Beamten und der Arbeiter unter diesen Umständen nicht besinnungslos auf den Streik zusteuerten, sondern sich diesen als allerletztes Mittel vorbehalten, und wenn sie jetzt auf Grund der erzielten Ergebnisse von der Anwendung dieses Mittels abrotten, so tun sie das im Gefühl ihrer Verantwortung für die Interessen der Nächstbeteiligten sowie des ganzen Volkes. Die Verantwortungslosen mögen toben, es kostet sie ja nichts, die Beamten und Arbeiter können es aber dafür desto mehr kosten, wenn sie ihnen ins Garn liefern. —

Der Sechzehnerausschuß an die Eisenbahner

Der Sechzehnerausschuß erklärt im Einverständnis mit den hinter ihm stehenden Verbänden folgenden Aufruf: Nach langwierigen Verhandlungen, die am 14. Januar in der Reichskanzlei ihren Abschluß fanden, wurde das Ergebnis erzielt, das am Sonnabend veröffentlicht wurde. (Siehe „Volkstimme“ Nr. 18.)

Das Resultat ist zustande gekommen unter Mitwirkung von Vertretern der großen deutschen Spitzenorganisationen und nach vollständiger Erschöpfung des Verhandlungsweges.

Die Vorstände der Eisenbahnerverbände werden jetzt auf dem schnellsten Wege zu dem Ergebnis Stellung nehmen. Die Vertreter der Spitzenorganisationen haben den Sechzehnerausschuß ersucht, trotz der in verschiedener Beziehung nicht zufriedenstellenden Abstufung seine Bedenken zurückzustellen und das Ergebnis zur Annahme zu empfehlen.

Sobald die Stellungnahme der verantwortlichen Organisationsinstanzen feststeht, wird diese mit einer eingehenden Darstellung des gesamten Sachverhalts den Mitgliedern unterbreitet werden. Die im Sechzehnerausschuß zusammengeschlossenen Verbände ersuchen ihre Mitglieder, diese Stellungnahme der verantwortlichen Verbandsstellen abzuwarten und sich durch keinerlei von unverantwortlicher Seite kommende Beeinflussungen zu Teilstreiken und dergleichen hinreißen zu lassen. Die Vertreter der Eisenbahnerorganisation müssen die große Verantwortung für derartige Aktionen ablehnen und ersuchen die Mitglieder ihrer Verbände dringend, die Schlagluz ihrer Organisationen nicht zu gefährden. —

Vorspiele zur Preußenwahl.

Die ungeheure Bedeutung der bevorstehenden Wahlen zum Preussischen Landtag kann nicht oft und eingehend genug betont werden. Gelingt es dem Bürgertum, vor allem dem reaktionären, am 20. Februar in einer Stärke aus dem Wahlkampf hervorzugehen, der es ihm erlaubt, ohne die Sozialdemokratie zu regieren, dann besteht für die deutsche Republik die größte Gefahr.

Es ist der Reaktion schon lange sehr peinlich und in der Ausführung ihrer hochverräterischen Pläne hinderlich, daß Preußen immer noch von einem Kabinett regiert wird, das unter der Führung von Sozialdemokraten steht, daß

Preußen noch kein zweites Bayern

geworden ist. Von den Landtagswahlen erwarten sie die Erfüllung ihrer Wünsche, die geschlossene Whalanz der Königsmacher in Deutschland. Wird das erreicht, so würde auch die Reichsregierung noch in weit höherem Maße die Sicherheit und Konsorten begünstigen. Der erste Schritt zur Beseitigung der Republik und zur Errichtung der Monarchie wäre getan.

Die Arbeiterschaft hat das größte Interesse daran, daß die reaktionären Hoffnungen am 20. Februar gründlich gescheitert werden. Wir dürfen uns keiner Illusion darüber hingeben, daß es unserer größten Anstrengungen bedarf, um die Preußenwahlen zu einem Siege der Demokratie zu machen. Am 9. Januar sind in verschiedenen deutschen

Städten Entscheidungen gefallen, die uns zu denken Anlaß geben. In Bremen bekannte sich die Mehrheit der Bevölkerung durch Volksentscheid zu dem reaktionären Geschäfftsrat, der nicht die Stadtwehr auflösen wollte und nunmehr auch nicht aufzulösen braucht. In Sana u und Sorau fanden am selben Tage die Wahlen zum Stadtparlament statt, die aus der bisherigen sozialistischen eine bürgerliche Mehrheit machten. Der 9. Januar hat also

der Arbeiterschaft drei empfindliche Niederlagen

gebracht, über die die Reaktion um so mehr jubelt, als sie darin gute Zeichen für den Ausgang des preussischen Wahlkampfes sieht.

Wenn wir nach den Ursachen dieser Niederlagen forschen, so werden wir zu dem Resultat kommen, daß die Zerissenheit der Arbeiterklasse und der dadurch entstandene Bruderkrieg der eigentliche Grund ist. Durch die fortgesetzten unfruchtbaren Diskussionen zwischen den sozialistischen Gegnern haben diese ihre beste Kraft verzettelt, anstatt sie zu einer produktiven praktischen Arbeit zusammenzufassen. Darüber hinaus sind die letzten Ergebnisse im Berliner Stadtparlament, vor dem sächsischen Landtag und im Flensburg sehr wahrscheinlich von großem Einfluß gewesen. Ohne Zweifel werden die Kommunisten ohne Rücksicht darauf, daß die Republik in größter Gefahr ist, ihre wahrwichtige Politik auch in der Zukunft weiter verfolgen. Sie werden wie bisher die Sozialisten anderer Richtungen in der gemeinsamen Weise herunterreißen und verzweifelte arbeitslose Massen zu

neuen sinnlosen Putsch

auffacheln, durch die die Gesamtarbeiterschaft abermals geschädigt wird. Denn die Bevölkerung will Ruhe und Besserung der Wirtschaft, nicht Putsch und Bürgerkrieg. Sie bringt Parteien kein Vertrauen entgegen, die sich der praktischen ausbauenden Arbeit widersetzen und noch weiter zerstören wollen. Ein fünfjähriger Krieg hat übergenug zerstört. Da brauchen wir die Kriegsarbeit im Frieden nicht noch fortzusetzen.

Wenn die Hoffnungen, die die Reaktion auf den Ausfall der Abstimmungen in Bremen, Sana u und Sorau setzt, vernichtet werden sollen, dann dürfen unsre Parteigenossen nicht bergehen, daß zwar der Feind rechts steht, daß aber auch links ein gefährlicher Gegner steht, der schon viel verdorben hat und noch mehr verderben wird, wenn die klarsichtige Arbeiterschaft nicht auf dem Posten ist. —

Die bezahlten Bolschewisten.

Im „Vorwärts“ beschäftigt sich Edward Bernstein mit der Korruption der Kommunisten durch die Gold- und Silberhübel, die Lenin in reichlicher Fülle an seine Freunde in der ganzen Welt verschwendet. Er kommt dabei auf Vorgänge zurück, die schon öfter in der deutschen Presse erwähnt wurden, ohne daß eine restlose Aufklärung bisher erfolgt wäre.

Es handelt sich um die Abmachungen zwischen Lenin, Trotski, Nabel und der deutschen kaiserlichen Regierung nach Ausbruch der russischen Revolution. Lenin war während des Krieges in der Schweiz und wurde mit seinen Freunden von Rudendorff in einem plombierten Salonwagen durch Deutschland transportiert, um in Rußland agitatorisch wirken zu können. Diese Tatsache allein ist bezeichnend für die Moral der damaligen deutschen Heeresleitung und politischen Führung, aber auch für die Lenin und Trotski, die von dieser Seite solche Gefälligkeiten annahmen. Die damaligen verantwortlichen Staatsmänner Deutschlands sind heute die führenden Deutschnationalen, welche am liebsten einen neuen Krieg gegen Rußland unternehmen würden, um die Macht Lenins zu brechen, dem sie zu seiner Stellung doch erst verholfen haben.

Aber nicht allein die freie Durchfahrt wurde dem Lenin gestattet, man hat sie noch den Mitteilungen Bernsteins auch mit mehr als 50 Millionen Goldmark zur Finanzierung der Bolschewistischen Revolution ausgestattet. Bernstein schreibt:

Von seiten der Entente ist behauptet worden und wird noch behauptet, daß Lenin und Genossen damals vom kaiserlichen Deutschland große Summen Geldes zugewendet worden seien, damit sie ihre verheerende Agitation in Rußland um so wirksamer betreiben könnten.

Das ist die Einigung!

Aus Wernigerode wird uns geschrieben:
In Wernigerode ist zwischen Sozialdemokratie und Unabhängigen die Einigung vollzogen worden. In dem Ausruf, der Mitteilung davon gibt, heißt es:

Wenn wir vor unsern Augen die Geschehnisse der letzten Vergangenheit vorüberziehen lassen, so müssen wir zu dem Ergebnis kommen, daß seit der Spaltung gewisser früherer Elemente in unserer Mitte die Arbeiterklasse insgesamt schwere Nachteile mit in Kauf nehmen mußte, denn naturgemäß ist eine in verschiedene Lager geteilte Masse in ihrer allgemeinen Aktionstätigkeit immer mehr oder weniger gehemmt. Auch hier in Wernigerode trat diese Erscheinung mit jedem Augenblick mehr zutage. Unter Abwägung all dieser Verhältnisse kam man in unserer letzten Versammlung zu dem Ergebnis, der Geschlossenheit von rechts eine solche von links entgegenzusetzen.

In der Erkenntnis, daß bei der jetzigen Zersplitterung der Arbeiter die politische Gleichgültigkeit bei den Volksmassen gewaltig um sich greift und daß die Feinde des Volkes daraus den größten Gewinn ziehen, saßen die Funktionäre und die Mitgliederversammlung der U. S. P. den Beschluß, der Sozialdemokratischen Partei geschlossen beizutreten.

Mit Recht wird in dem Ausruf gesagt, daß gewiß noch mancherlei Meinungsverschiedenheiten bestehen, die sich bei beiderseitigem guten Willen beheben lassen.

Nach Beendigung des Krieges konnte man in Wernigerode die Beobachtung machen, daß zahlreiche Mitglieder der U. S. P. von der Art der politischen Betätigung gewisser U. S. P.-Anhänger keineswegs erbannt waren. Nachdem dieser Teil zu den Kommunisten gegangen, wurde die Einigung zwischen der alten Partei und der U. S. P. beschlossen in der Erkenntnis, daß es wichtiger ist, die Kampffront des Proletariats zu festigen, als eigensinnig über abweichende Auffassungen in der Taktik zu stolpern.

Die Bergarbeiter an die Internationale.

Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands hält zurzeit in Berlin eine Konferenz der Vorstandsmitglieder und der Bezirksvertretungen — sämtliche deutsche Bergwerksgebiete sind vertreten — ab, um Stellung zu wichtigen gewerkschaftlichen und allgemein wirtschaftspolitischen Fragen zu nehmen. Die Konferenz wird mehrere Tage dauern. Am Sonnabend wurde nach eingehender Besprechung der Kohlenförderung und der Lage der Kohlenversorgung einstimmig folgende Entschliessung angenommen:

Die am 15. Januar 1921 in Berlin tagende Konferenz des Gesamtvorstandes und der Bezirksvertretungen des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands macht die der Bergarbeiter-Internationale angehörenden Bergarbeiterverbände in Frankreich, Belgien und Großbritannien sowie die Leiter der Allgemeinen Gewerkschafts-Internationale (Amsterdam) dringend darauf aufmerksam, daß nach dem Ablauf des Abkommens von Spa über die Kohlenlieferungen Deutschlands von uns eine noch höhere Lieferung gefordert wird und daß außerdem die Fünfgoldmarkprämie nicht mehr gezahlt werden soll. Dagegen müssen wir entschieden Protest erheben.

Der Kohlenmangel in Deutschland ist jetzt weit größer als in den andern großen Industriestaaten. Die Erfüllung des Spa-Abkommens ist nur möglich gewesen durch eine ausgedehnte Uebererschichtenarbeit der deutschen Bergarbeiter. Diese arbeiten heute mehr Stunden wöchentlich, als nach dem Beschluß der internationalen Arbeiterkonferenz in Washington zulässig ist. Der gefährdete Gesundheitszustand der Bergarbeiter verlangt gebieterisch einen Abbau der Uebererschichten, während von uns noch höhere Kohlenlieferungen gefordert werden.

Der Wegfall der Fünfgoldmarkprämie, mit der eine Verbesserung der Ernährung der Bergarbeiter bezahlt wird, würde ihren Ernährungszustand berait verschlechtern, daß ein unabsehbarer Rückgang der Leistungsfähigkeit eintrete. Obnehin müssen wir die Spa-Kohlen zu Preisen liefern, die tief unter den Weltmarktpreisen liegen. Dadurch entstanden der deutschen Volkswirtschaft schon Milliardenverluste. Wir bitten die Kameraden in der Bergarbeiter- und in der großen Gewerkschaftsinternationale, uns energisch zu unterstützen in unserm Bemühen, zu einem Kohlenabkommen zu kommen, das die deutsche Bergarbeiterklasse nicht noch stärker belastet, sondern in humaner Weise entlastet und der deutschen Volkswirtschaft die Lebensmöglichkeit gibt.

Schon in Spa hat sich gezeigt, daß gegenüber der Entente als einzig wirksames Argument das tatsächliche Bestehen einer Bergarbeiter- und Arbeiterinternationale von Hue ausgespielt werden konnte. Die Zerstörung dieser Internationale und damit der einzig wirklichen Waffe Deutschlands gegen eine Wegnahme des Ruhrgebiets haben sich die reaktionären Kreise Deutschlands unter der Führung der Schwerindustrie und die Kommunisten auf Befehl von Moskau zum Ziele gesetzt. Nichts zeigt deutlicher als die Kohlenfrage, daß die Politik der Sozialdemokratie und der deutschen Gewerkschaften eine wirklich nationale ist und gleichzeitig im Interesse der Mehrheit aller Staaten der Welt liegt.

Blutiger Zusammenstoß in Berlin.

Anlässlich der kommunistischen Demonstration zum Gedächtnis Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs ist es am Sonnabend in Berlin zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten gekommen, bei denen einige Personen durch Schüsse verletzt wurden. Die Berichte weichen, wie der „Vorwärts“ meldet, in Einzelheiten, wie das immer bei derartigen Anlässen der Fall ist, voneinander ab, lassen aber doch folgendes mit Sicherheit erkennen: Der Zusammenstoß wäre nicht erfolgt, wenn nicht ein Trupp der im Lustgarten versammelten Kommunisten entgegen dem Verhalten der großen Masse versucht hätte, in den Bannkreis der innern Stadt einzudringen, in dem seit den Januarvorgängen des vorigen Jahres Demonstrationen verboten sind. Bei der gegebenen Sachlage, wo mit Unkenntnis eines Teiles der Demonstranten gerechnet werden mußte, entsteht allerdings die Frage, ob nicht das Vorgehen der Polizei zu scharf und zu übereilt war. Die vorliegenden Berichte lassen nicht erkennen, daß eine unmittelbare Gefahr vorlag, wenn auch in dieser Demonstration die bekannten Elemente nicht fehlten, die Neibereien mit der Polizei um jeden Preis suchen. Aber die Zahl der Demonstranten war verhältnismäßig gering und ein Ziel für Gewalttätigkeiten kaum vorhanden.

Unter diesen Umständen ist die vom Berliner Polizeipräsidenten bereits eingeleitete Untersuchung durchaus am Platze, die sich namentlich darauf zu erstrecken haben wird, ob nicht irgendein Ueberreicher Befehl gegeben hat, deren praktischer Nutzen in keinem Verhältnis zu dem angerichteten politischen Schaden steht. Dagegen steht jetzt schon einwandfrei fest, daß das allgemeine Auftreten der Sicherheitspolizisten durchaus nicht probozierend war, daß diese Beamte sich redlich bemüht haben, mäßigend und beruhigend auf die Menge einzuwirken und geduldig Schmähungen sowie gar tätliche Angriffe über sich ergehen lassen.

Einem Pressevertreter machte der Polizeipräsident, Genosse Richter, folgende Angaben:

„Der Abmarsch der Menge vollzog sich, wie ich zum Teil selbst beobachten konnte und wie mir später bestätigt wurde, in völliger Ordnung. Auch die Demonstration selbst nahm einen absolut ruhigen Verlauf. Als ich um 1/3 Uhr den Lustgarten passierte, befand sich ein Teil der Demonstranten bereits wieder auf dem Heimweg. Ich sah selbst, wie sich einige Ordner sichtlich Mühe gaben, den Abmarsch der Demonstranten nach den Linden zu vermeiden. Ein Teil der Demonstranten lehnte sich jedoch nicht an die Ordner, sondern marschierte nach der Richtung Brandenburger Tor. Meinen Anordnungen gemäß waren der Lustgarten und die unmittelbaren Zugänge völlig frei von Polizei. Die Posten, die an der Ecke Charlottenstraße-Linden zur Sicherung des Bannkreises aufgestellt waren, wurden von der Menge umringt und die Demonstranten gelangten in Stärke von einigen hundert Personen in regellosem Zug in den Bannkreis. Vor Eintreffen der Verstärkung hat die Brandenburger Tor-Wache durch einige Schüsse die Demonstranten aufgehalten.“

Eine besondere Untersuchung dieses Vorfalls habe ich angeordnet. Wenn auch diesen unliebsamen Vorgängen eine besondere Bedeutung nicht beizumessen ist, so steht jedenfalls fest, daß die Nichtbefolgung des Gesetzes über den Bannkreis deren Veranlassung gewesen ist, und daß die Schuld daran jenen zur Last fällt, die trotz meiner wiederholten Mahnungen ihrerseits die Menge an Verletzungen des Bannkreisgesetzes nicht haben hindern können oder wollen. Hoffentlich wird der besonnene Teil der Arbeiterklasse es in Zukunft zu verhindern wissen, daß unverantwortliche Elemente ähnliche Gesetzesverletzungen probozieren.“

Nach den bisherigen Ermittlungen wurde eine Frau durch einen Bauchschuß verletzt, ein junger Mann wurde auf dem Bürgersteig vor dem Hotel Adlon ebenfalls durch einen Schuß niedergestreckt. Außerdem sind durch Weinschüsse drei junge Leute verletzt worden.

Die Kommunisten als Gegenrevolutionäre

Auf den mehrfach besprochenen „Offenen Brief“ der kommunistischen Devi.-Däumig-Zentrale antwortet die K. U. P. D. in der „Komm. Arbeiterzeitung“:

Die Forderungen der K. U. P. D. sind opportunistisch, die Mittel, mit denen sie die Aktion durchführen will, sind dagegen überhaupt nicht bezeichnet. Und dieses Schweigen ist ein schlimmerer Opportunismus als alles andre. Dieses Schweigen ist diktiert von der Absicht der K. U. P. D., sich jeden möglichen Weg offenzuhalten — große Massen unklarer Arbeiter anzulocken, und dann mit ihnen im Laufe der „Aktion“ jede Rückwärtsbewegung mitmachen zu können. Wir wiederholen: eine solche Politik der Halbheit, der bewußten Illusionsgütere machen wir nicht mit.

In den Augen der kommunistischen Arbeiterpartei sind die Vereinigten Kommunisten nichts anderes wie die Unabhängigen, die Sozialdemokraten und die Gewerkschaftler: opportunistische Spießbürger ohne revolutionären Drang und ohne jedes Klassenbewußtsein. Mit einem Wort: Gegenrevolutionäre.

Und was sind nun die kommunistischen Arbeiterpartei? Otto Mühl weiß es, denn er kennt sie: opportunistische Spießbürger ohne revolutionären Drang und ohne jedes Klassenbewußtsein. Mit einem Wort: Gegenrevolutionäre.

Und was wird bald, sehr schnell, morgen, Otto Mühl sein? Ein opportunistischer Spießbürger ohne revolutionären Drang und ohne jedes Klassenbewußtsein. Mit einem Wort: ein Gegenrevolutionär.

Und dertweil machen die Reaktionäre die Gegenrevolution. Sie werden ja nicht gestört in dieser ebeln, für sie sehr einträglichen Beschäftigung.

Notizen.

Abstimmung in Oberschlesien am 13. März? Nach Brestmitteilungen in England und Frankreich ist die oberste Abstimmung auf den 13. März festgesetzt worden. Eine amtliche Mitteilung an die deutsche Regierung steht noch aus. In einem Berliner Montagblatt wird für eine Verschiebung der Wahlen wahrgenommen bis nach der oberste Abstimmung Propaganda gemacht. Das Blatt weist darauf hin, daß für die Abstimmung in Oberschlesien der Zusammenschluß aller Parteien im Kampfe gegen die Polen notwendig sei, wenn Oberschlesien nicht verloren gehen soll. Wenn diesen Bedenken Rechnung getragen würde, müßten die Wahlen bis Anfang Mai verschoben werden.

Vorsicht, Hermes am Werke! In einer Konferenz der Erziehungsdirektoren, die in Dresden abgehalten wurde, wies der Reichsminister Hermes darauf hin, daß die endgültige Festlegung der Form der Betriebswirtschaft für das kommende Jahr noch nicht vorgenommen sei. Ueber diese Form schweben zurzeit noch Erwägungen, wobei auch darüber Gewißheit besteht, daß einerseits die öffentliche Bewirtschaftung aufrechterhalten werden könne, andererseits aber eine andre Form der Bewirtschaftung notwendig sei. Die Hermes-Wirtschaft hat eine deutsche Volk-Milliarden gekostet und durch Aufhebung der Zwangsverwaltung die Lebenshaltung der Arbeiter untragbar gemacht. Wenn er jetzt auch noch — sei es auch in verschiebener Form — das Getreide den Wucherern preisgeben will, dann steht uns eine zweite Hungerperiode, gegen welche die von 1917/19 ein Rinderstiel war, in sicherer Aussicht.

Belgische Justiz. Der Landrat von Neuf erhielt vom belgischen Kriegsgericht in Nachen 9 Monate Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe wegen Ungehorsams gegen einen militärischen Befehl. Er hatte es unterlassen, eine von ihm angeforderte Aufstellung über Automobile rechtzeitig zu liefern.

Der österreichische Poststreik beendet. Nach langwierigen Verhandlungen kam im Poststreik eine Einigung in folgender Form zustande: Der Ministerrat ist auf Grund eines von ihm eingeholten Gutachtens und mit Rücksicht auf die bestehenden dienstlichen Verhältnisse zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Schaffung eines Sonderpostens für Angestellte der Post, Telegraphen, und Telefonbetriebe anzustreben sei. Damit ist nach dreitägiger Dauer der Streik beendet.

Einschränkung der Todesstrafe. Ein Gesetzentwurf der tschechischen Regierung schränkt die Todesstrafe auf wenige Delikte ein. Nach dem neuen Gesetzesvorschlag darf künftig nur zum Tode verurteilt werden, der ein zweites Mal wegen Mordes zu bestrafen oder aber jener, der zu lebenslanglichem Gefängnis verurteilt, in der Strafanstalt einen Mord begeht. Von diesen Ausnahmen abgesehen soll die Todesstrafe künftig nur noch von Standgerichten ausgesprochen werden dürfen.

Deutsch-belgische Verhandlungen. Die deutsch-belgischen Verhandlungen über die Einlösung der während des Krieges in Belgien in Umlauf gestellten deutschen Banknoten im Betrag von 6 Milliarden Mark haben in Berlin am Sonnabend begonnen.

Abrüstung in Amerika. Der amerikanische Senat hat sich mit großer Mehrheit für ein stehendes Heer von 150 000 Mann ausgesprochen. Gefordert waren 175 000 Mann. Die Kreditkommission des Abgeordnetenhauses hat einen Betrag von 23 Millionen Dollar aus dem Budget für den Dienst des Beamtenpersonals der Regierung gefordert, was bedeutet, daß 10 000 Beamte entlassen werden müssen. Diese Beschlässe lassen erkennen, daß man in Amerika ernsthaft an die Abrüstung geht. 150 000 Mann für die Vereinigten Staaten entsprechen ungefähr 100 000 Mann für Deutschland. Vorläufig besteht freilich noch keine Aussicht, daß unsre nächsten Nachbarn das amerikanische Beispiel nachahmen.

Polnisch-französische Pläne? Die T. U. verbreitet folgende Nachricht: Wie aus zuverlässiger Quelle gemeldet wird, besteht zwischen dem französischen Oberkommando der interalliierten Abwehrkommission und der polnischen Heeresleitung ein bis in die letzten Einzelheiten ausgearbeiteter Operationsplan für den Fall eines polnischen Einmarsches in Oberschlesien. Danach sollen sich die französischen Besetzungstruppen, scheinbar der Uebermacht wehend, unter Zurücklassung von Waffen, Munition und Gerät, das von polnischen Offizieren übernommen wird, über die tschechoslowakische Grenze zurückziehen und Oberschlesien kampfflos den polnischen Truppen überlassen. Man rechnet damit, daß die italienischen Truppen allein schon mit Rücksicht auf ihre geringe Stärke ohne weiteres dem französischen Beispiel folgen werden. Solche Nachrichten sind schon zu oft verbreitet und als falsch erwiesen worden, als daß man ihnen ohne weiteres Glauben schenken darf. Wichtigtuerei und Vorsicht gegenüber solchen Meldungen ist sehr am Platze.

Depeschen.

Polen und der Völkerbund.

L. U. Marjau, 17. Januar. Der Rat des Völkerbundes hat Paderewski eine Note in der Wilnaer Frage überhandelt, in der er die polnischen Delegierten beim Völkerbundsauf fordert, bei ihrer Regierung anzufragen, ob der Völkerbund bei der Entwaffnung der Truppen Jegoroffis und der Umwandlung der Verwaltung des zwischen Litauen und Polen strittigen Gebiets auf die Hilfe Polens rechnen könne. Zur Sicherung der Freiheit der Abstimmung werden interalliierte Truppen nach dem Wilnaer Gebiet entsandt. Der Völkerbund wird in keinem Falle seine Zustimmung zu einer Art der Durchführung der Volksabstimmung geben, die den interessierten Mächten nicht die notwendige Garantie für Gerechtigkeit und Ordnung bietet. Auf diese Note hat Paderewski geantwortet, daß der Völkerbund auf die moralische Unterstützung bei der Auflösung und bei der Entwaffnung der Truppen Jegoroffis und der Umwandlung der Verwaltung des strittigen Gebiets rechnen könne, soweit die polnische Regierung die Anordnungen des Völkerbundes als notwendig für die Freiheit des Volkentscheids ansehen werde.

Besonders empfohlen!

MAGGI's Würze in großen Originalflaschen

Nr. 6. Sie können daraus Ihr kleines MAGGI-Fläschchen selbst wieder füllen und haben ausser Geldersparnis noch die Garantie der Echtheit. Man achte darauf, dass der Plombverschluss unversehrt ist.

Kaufen Sie

Dixin

Seifenpulver

Preis Mk. 2.25 das Paket

Henkel & Cie., Düsseldorf

Wolle billiger!

500 Pfund Wolle

solange Vorrat
Pfund 65.00 Mart
Pfund 75.00 Mart
Pfund 85.00 Mart

Heinemann

Große Mönchstraße 15 157

Gratis

Vergrößerung

Zigarren-, Likör- und Photohaus Wächter

Nach kurzer, schwerer Krankheit entschlief Sonntag morgen sanft

meine Disponentin und Abteilungsleiterin
Frl. Anna Sternberg

In rastloser, emsiger Tätigkeit hat die Verbliebene fast 25 Jahre ihre Kraft und ihr großes Wissen meinem Hause gewidmet. — Mit seltener Pflichttreue hatten sich als Grundzug ihres Wesens vornehmste Gesinnung und echte Herzengüte vereint, so daß ihr Heimgang nicht nur für mein Haus, sondern auch für mich selbst und meine Familie einen schweren Verlust bedeutet. Ich werde ihr allezeit eine dankbare Erinnerung bewahren und wird das Andenken an sie als Wahrzeichen treuester Pflichterfüllung unauslöschlich in meiner Firma fortleben.

Eugen Petzall

in Firma Siegfried Cohn.

Blutarmut!

Hof-Apothek Breitenweg 158

Geschlechts-

kranko jeder Art (Harnröhrenleiden frisch u. spez. varicell. Syphilis, Manneschwär, Weißfluß) wenden sich sofort vertrauensvoll an Dr. med. Damman's

Châtelongue, reelle Verarb. feines Papier, 375 Blatt, vert. 2. Bände, Postwertmark. 7003

Gebrauchte Möbel ganz billig

Nur Louis Groglöcher

Homöopath. Praxis Maßen

Obstbäume

Otto Fuchs, Magdeburg



Aufklärendes Buch mit 50 Bildern über unsere hilfbringende Methode bei Rückgratverkrümmung, hoher Schulter u. Hüfte (keine Berufsänderung) zu bezahlen gegen Einsendung von 2,50 von Franz Henzel, Berlin W 11, Nagelsburger Straße 24. Für Buchdruckgabe 2 A surlock.

Z.d.A.

Zentralverband d. Angestellten
Öffentl. Angestellten-Versammlung

Die Polizeiverordnung vom 8. Januar 1886 betreffend die von jedem Eigentümer und Pächter bis zum 15. März 1921 vorzunehmende Beseitigung der auf Bäumen und Sträuchern in Gärten jeder Art, Plantagen, kommunalen Anlagen, Wäldern, an Straßen und Wegen befindlichen Käupen und Käupennester durch Verbrennen oder andre geeignete Art und Weise wird zur Beachtung in Erinnerung gebracht.

- 1. Auf Marke 1 der Materialwarenkarte für 10. Januar bis 6. Februar vom 20. Januar an, solange Vorrat, 4 Pfund Reis oder Zwiebel (7,20 bzw. 6,20 oder 7,80 pro Pfund).
2. Auf die vom 10. Januar bis 6. Februar gültige, über 1 Pfund Reis lautende Marke der Lebensmittelwarenkarte für Kinder bis zu 2 Jahren vom 18. Januar an 1 Pfund Reis in folgenden Verkaufsstellen:
Reinhold Prose, Johannstraße 1
Mar. Gbrmann, Kaiserstraße 61
Konsumverein für Magdeburg und Umgegend, Ebeder Straße 55, Dönnbergstraße 48, Dönnstedter Straße 52, Annast. 8, Halberstädter Straße 120, St. Michaeli-Straße 10, Neue Straße 14, Sudenburger Straße 17.
Für Kinder bis zu 2 Jahren in den Schokoladen-Spezialgeschäften vom 18. bis 31. Januar:
a) auf Marke O der Lebensmittel-Zusatzkarte für 10. Januar bis 6. Februar 1 Pfund Reis oder Zwiebel.
b) auf Marke P der Lebensmittel-Zusatzkarte für 10. Januar bis 6. Februar 1 Pfund Getreidemehl.
4. Vom 21. Januar in den Butterverkaufsstellen auf Marke 2 der Materialwarenkarte vom 10. Januar bis 6. Februar 40 Gramm Inlands-Frischbutter (1,80 Mark).
Magdeburg, 14. Januar 1921. Der Magistrat.

Nachruf.

Die Nachricht von dem Hinscheiden unserer
Frl. Anna Sternberg

hat auch uns tief das schmerzlichste berührt. Wir empfinden tief den Verlust dieser uns besonders lieben und schätzenswerten Mitarbeiterin, um so mehr, als uns langjährige gemeinsame Tätigkeit auf das engste verbunden hat. Wir werden ihr Andenken stets hoch in Ehren halten.

Die Prokuristen der Firma Siegfried Cohn

Wilhelm Krafft, Fritz Schorwar, Erich Polzall.

Pfötzlich und unerwartet verschied am Sonntag morgen nach schwerer Krankheit unsere Abteilungsleiterin

Frl. Anna Sternberg.

Wir verlieren in der Heimgegangenen eine aufrichtige, liebe Kollegin und gerechte Vorgesetzte, deren außerordentliche Pflichttreue für uns vorbildlich war. Ihr stets hilfsbereites Wesen und tiefes Verständnis sichern ihr ein dauerndes, unauslöschliches Andenken.

Das kaufmännische u. gewerbl. Personal der Firma Siegfried Cohn.

Oberschlesier!

Bereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier
Magdeburg, Sebdeckstr. 12, von 8 Uhr vorm. bis 8 Uhr abds.
Kommt sofort, denn die Frist für die Stellung der Anträge läuft mit dem 25. Januar 1921 ab.

- Arnsdorf, Zarnowitz
Eublinitz, Rosel
Namslau, Neustadt
Rosenberg, Neuthen
Deutsch-Rosenthal, Rattowitz
Hindenburg (Babrze), Königsbütte

- Oppeln, Gr.-Strehlitz
Zott-Stetow, Leobschütz
Ratibor, Rybnitz

verliert sein Abstimmungsrecht!

Bereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier
Ortsgruppe Magdeburg, Sebdeckstraße 12.

Bekanntmachung. Der Kaufmann Paul Erler hier, Fürst-Georg-Straße 8, beabsichtigt die Anlage eines Anstaltsgeländes in Kilometer 0,3 + 25 der Nebenstrecke Magdeburg-Erdmannsdorf. Der Plan mit Erläuterungsbericht liegt in der Zeit vom 18. bis 31. Januar im Polizeiamt Magdeburg, Halberstädter Straße 133, 2. Stock, Zimmer 78, aus. Während der Offenlegung kann jeder Verwilligte im Umfang seines Interesses Einwendungen gegen den Plan einbringen. Einwendungen sind schriftlich bei mir einzureichen oder mündlich zu Protokoll zu geben. Magdeburg, den 12. Januar 1921. 132 11 100. Der Polizei-Präsident.

Anmeldung zum Mazzotbezug bis 28. Januar (verlängert)

Der Vorstand der Synagogengemeinde.

Bekanntmachung. Die Kaiserin-Augusta-Kinder-Heilanstalten 1 und 2 in Bad Ems sind bestimmt zur Aufnahme itypischer Kinder und schwächlicher Kinder zum Gebrauch einer Solbadkur. Die Anstalten sind das ganze Jahr geöffnet, während dieser Zeit finden 6 Kur-3 Sommer- und 3 Winterkuren statt.

Die Kaiserin-Augusta-Kinder-Heilanstalten 1 und 2 in Bad Ems sind bestimmt zur Aufnahme itypischer Kinder und schwächlicher Kinder zum Gebrauch einer Solbadkur. Die Anstalten sind das ganze Jahr geöffnet, während dieser Zeit finden 6 Kur-3 Sommer- und 3 Winterkuren statt.

Der Vorstand der Synagogengemeinde.

Sozialdemokratischer Verein Döbstedt.

Rachruf. Am Sonnabend den 15. Januar verschied nach langem, schwerem Leiden die Parteigenossin Frau Lüble.

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Irma

Dankfagung. Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben Entschlafenen, sagen wir allen auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank.

Arbeitsmarkt

Garbner Aufwartung für vorm. l. u. r. G. Sternberg, Wittelstr. 13/14, I. 9310

Entlaufen eine Köchin

Einen Lehrling

Garbner Aufwartung

Barbieregehilfen

Einen Lehrling

Suche für meine Fahrradfabrik einen Meister